

Wir übernehmen Verantwortung

Standpunkt des FBP-Präsidenten Rainer Gopp

Der Generalsekretär der VU scheint eine steuerliche Diskriminierung eines Teils der Einwohnerschaft in Kauf zu nehmen, wie einer kürzlichen Aussendung zu entnehmen war.

Die FBP packt aktuelle Herausforderungen und Problemstellungen an, um diese einer Lösung zuzuführen. Nur für das Streben nach Aufmerksamkeit lohnt sich das nicht, wie der VU-Generalsekretär unterstellt. Er spricht sogar von «gefährlichen Schnellschüssen». Im Juni-Landtag 2021, als der Landtag dieser Steuergesetzänderung aufgrund eines Staatsgerichtshof-Erlasses zugestimmt hat, haben gerade auch

VU-Landtagsabgeordnete diese Steuerdiskriminierung der Inlandbevölkerung – betroffen sind immerhin über 40 Prozent – mit Vehemenz kritisiert. Vom Regierungschef wurde erwartet, dass er sich dieser nicht haltbaren Steuersituation in Kürze annimmt und einen Lösungsvorschlag betreffend der Beseitigung dieser Inländerdiskriminierung dem Landtag vorlegt. Doch nichts dergleichen!

Für die FBP ist diese Inländerdiskriminierung nicht trag- und vertretbar, und so hat sie den Auftrag an die Regierung in Form einer Motion lanciert, eine Lösung zu erarbeiten, damit dieser grosse Teil der liechtensteinischen Bevölkerung in seiner eigenen Heimat nicht steuerlich benachteiligt wird. Der Generalsekretär der VU stellt sich als Schutzschild vor den Regierungschef und sieht dies scheinbar anders. Er meint wohl, dass die angesprochene Diskriminierung über eine bevorstehende Revision des Finanzausgleichs bereinigt werden könne, dafür brauche es diese Motion nicht. Michael Winkler weiss genau: Eine Revision des Finanzausgleichs wird nicht von heute auf morgen möglich sein – diese wird Jahre dauern. Er nimmt damit wissentlich in Kauf, dass Teile der Bevölkerung für eine gewisse Zeit mehr Steuern bezahlen als Grenzgänger, die beim Staat oder



(Foto: N. Vollmar)

der Gemeinde arbeiten. Das Mittel der Motion hat unsere Fraktion gezielt gewählt, um der Regierung einen definitiven Auftrag zu erteilen. Wenn der Landtag diese Motion an die Regierung überweist, kann die Regierung die gesetzliche Umsetzung sehr rasch ermöglichen, sodass die Anwendung der Steuergerechtigkeit bzw.

die Beseitigung der Inländerdiskriminierung mit dem Steuerjahr 2022 in Kraft gesetzt werden kann. Wir erwarten also, dass der Regierungschef für die Umsetzung nicht zwei Jahre braucht, sondern das Problem sehr rasch einer Lösung zuführt. Deshalb unterbreitet die FBP-Fraktion auch einen konkreten Lösungsvor-

schlag. Und zur Haltung des Generalsekretärs Michael Winkler sei gesagt: Für uns als FBP ist es ein drängendes Problem, wenn Inländer gegenüber Grenzgängern steuerlich diskriminiert werden. Für die VU nicht?

Rainer Gopp
Parteipräsident

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Fortschrittliche Bürgerpartei

Redaktion:
Rainer Gopp

Adresse:
FBP, Altenbach 8, 9490 Vaduz
Tel.: +423 237 79 40

www.fbp.li
E-Mail: info@fbp.li



Vorleben anstatt vorschreiben

Kommentar der Stv.-Landtagsabgeordneten Nadine Vogelsang

Seit 2008 gibt es in Liechtenstein eine Energiestrategie, welche Ziele und Massnahmen für die Gesellschaft und Wirtschaft betreffend Nachhaltigkeit vorgibt. Seit bald 15 Jahren werden vom Staat aktiv Anreize geschaffen, aber auch Sanktionen auferlegt, um die verschiedenen Akteur/-innen zum Umdenken zu motivieren und nachhaltiger zu leben und zu wirtschaften. Seit 2021 erstellt das Ministerium für Umwelt auch einen Monitoringbericht, welcher die gesteckten Ziele der Energiestrategie 2030 überwacht. In diesem Bericht wird zusammenfassend erwähnt, dass es unbedingt nötig ist, alle vorgesehenen Massnahmen rasch anzupacken. Doch reichen diese oder benötigt es allenfalls Verschärfungen?

Hochbauten gehören zu den grössten Energieverbrauchern. Jedoch stagniert im Gebäudebereich der Anteil fossiler Energieträger seit 2016 auf dem Niveau von 31 %, entgegen dem hohen Bauvolumen. Infolgedessen wird trotz vorhandener Technologien und grosszügigen Subventionen bei Neubauten immer noch zu wenig nachhaltig gebaut. Aber warum ist das so? Sind die Anreize zu klein oder die Hürden zu gross? Weshalb hat Liechtenstein noch kein Leuchtturmprojekt, welches aufzeigt, was in puncto nachhaltigem Bauen alles möglich wäre? Wenn doch sogar im eigenen Land zu «Architektur und Raumentwicklung» doziert, studiert und doktriniert wird. Oder warum werden auch bei neuen staatlichen Gebäuden wie dem Dienstleistungszentrum nicht alle möglichen Register gezogen, um energetisch nachhaltig zu bauen? Dieser Frage geht die

FBP im aktuellen Postulat nach, wo es um die Vorbildfunktion des Staates in Bezug auf seine öffentlichen Hochbauten geht.

«Weshalb hat das Land noch kein Leuchtturmprojekt?»

Vorleben anstatt vorschreiben ist nicht nur in der Privatwirtschaft ein Erfolgsfaktor. Der Staat besitzt aktuell 65 Hochbauten, 4 Bauten befinden sich in der Planungs- bzw. Realisierungsphase. Die Nachhaltigkeit sollte bei der Vergabe von öffentlichen Neuprojekten neben der Wirtschaftlichkeit und Ästhetik einen viel höheren Stellenwert erhalten. Hierzu müssen jedoch die Wettbewerbskriterien bei Neubauprojekten auch Umbauten überarbeitet werden. Ebenfalls wird laut Monitoringbericht die Regierung beauftragt, zu prüfen, wo das Land mit seinen Gebäuden Fernwärmeprojekte anstossen und wie der Energiebezug der Verwaltung und der staatsnahen Betriebe auf 100 % erneuerbare Energie umgestellt werden kann. Es reicht jedoch nicht, nur die Energiegewinnung durch klimafreundlichere Lieferanten wie Fernwärme zu optimieren. Um Energieverluste zu vermeiden, müssen auch die Gebäudehüllen verbessert und bei Neubauten umweltschonende und recycelbare Materialien eingesetzt werden.

Fernwärme als Energielieferant wird teilweise kritisiert. Aber was wäre die Alternative? 2020 lieferte Liechtenstein über 11 000 Tonnen Abfall nach Buchs, davon können fast 80 Prozent thermisch verwertet und die daraus gewonnene Abwärme für die Strom- und Fernwärmeerzeugung genutzt werden. Weshalb also nicht etwas



(Foto: N. Vollmar)

vermeintlich «Schlechtes» für etwas «Gutes» nutzen. Immerhin deckt der Fernwärmebezug aus der KVA Buchs 11 % des Wärmebedarfs in Liechtenstein, Tendenz steigend. Potenzial gäbe es allenfalls auch in der Industrie, die ebenfalls Abwärme produziert und als weitere Energieressource prüfungswert wäre.

«Wir müssen jetzt Vollgas geben, aber CO₂-Neutral!»

Der Einsatz erneuerbarer Energien wird in Zukunft am stärksten zur Verbesserung der Energiebilanz beitragen. In Liechtenstein wird vor al-

lem die Sonnenenergie durch Fotovoltaik- und Solaranlagen genutzt, aber auch hier gibt es noch Luft nach oben. Insbesondere die Fassaden finden noch zu wenig Berücksichtigung. Ebenfalls gibt es Potenzial bei grossflächigen Bauten wie z. B. Parkhäusern, sei es im privaten oder öffentlichen Sektor. Die Wasserkraft spielt mit kleinen lokalen Kraftwerken bis anhin eine untergeordnete Rolle. Aufgrund von Umweltbedenken wurden grosse Projekte zu Wasser- wie auch Windkraft in der Vergangenheit abgelehnt. Es wäre nun angezeigt, die früheren Bedenken aufgrund der neuen

Erkenntnisse zu hinterfragen und die Projekte nochmals aus der Schublade zu nehmen.

In der Energiefrage sollten wir nicht nach den Sternen greifen, sondern das vorhandene Wissen und die marktreifen Technologien noch besser nutzen. Die Regierung und der Landtag haben jetzt die Chance, die Stagnation in der Energiepolitik durch gezielte Massnahmenanpassungen mit den grössten Hebelwirkungen zu brechen und allenfalls zu verschärfen.

Nadine Vogelsang
Stv.-Landtagsabgeordnete